

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1523

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1523



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Schweizer bald Minderheit im eigenen Land? (Teil 2)

Raus aus der demographischen Sackgasse!

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Im [BRISANT-Kommentar vom 10. August 2018 \(«Ein aussterbendes Volk?»\)](#) habe ich auf Basis der Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2016 errechnet, dass die Schweizer in bloss einer Generation zur Minderheit im eigenen Land werden – falls keine unmittelbare Trendwende eingeleitet wird. In diesem Artikel gehe ich auf weitere demographische Aspekte ein und skizziere einige Lösungsansätze.

Zuallererst möchte ich mich herzlich für die vielen Rückmeldungen zum erwähnten BRISANT-Kommentar bedanken. Die allermeisten waren positiv und bestärken mich im Wissen, dass sich «da draussen» nicht wenige Menschen ebenfalls ihre Gedanken zur demographischen Entwicklung machen. In den sozialen Medien machten sich aber auch Kritiker bemerkbar, die sich vorab am Umstand störten, dass ich es überhaupt erst gewagt habe, in meinem Zukunftsszenario zwischen Schweizern und Personen mit Migrationshintergrund zu unterscheiden. Vereinzelt schwingen sogar sofort die Nazi-Keule. Traurig und schwach – doch damit hat wohl leider jeder, der sich in der Öffentlichkeit kritisch mit Migration auseinandersetzt, seine Erfahrungen gemacht.

Was sind «ethnische Schweizer»?

Während mir in Bezug auf die inhaltliche Richtigkeit der Berechnungen niemand widersprechen konnte, brachten einige Beobachter den Einwand vor, es sei heutzutage doch gar nicht mehr möglich, eine Zukunftsperspektive zu erarbeiten, die «ethnische Schweizer» und Ausländer separiere. Schliesslich habe es ja schon immer Völkerwanderungen gegeben, weshalb wir alle Nachkommen von irgendwann einmal eingewanderten Menschen seien. Ein an und für sich verständlicher Gedankenanstoss, dem ich nicht widerspreche – der mir aber die Gelegenheit verschafft, meine Absichten zu präzisieren.

Es geht mir selbstverständlich nicht um «Rasse-Denken», wie es einem linke Kreise auf bössartige Weise gerne an den Kopf werfen, um sich mit diesem Totschlagbegriff identitätspolitischen Fragen zu verweigern. Mein Anliegen ist vielmehr zu dokumentieren, dass speziell jene hohe Bevölkerungszunahme, wie wir sie in den letzten dreissig bis vierzig Jahren erlebt haben, das Wesen einer zuvor homogeneren Schweizer Bevölkerung spürbar verändert hat und dass diese Entwicklung – sollte sie sich fortsetzen – noch viel umwälzendere Auswirkungen haben wird.

«Kulturnahe» ...

Auch wenn es Migration seit je her gegeben hat, ist es ein Fakt, dass diese in den letzten aberhundert Jahren hauptsächlich Mittel-, West- und allenfalls Süd-Europäer (Italiener) umfasste. Frühere Migranten stammten somit aus kulturnahen Regionen und konnten sukzessive in die sich bildende autochthone Bevölkerung integriert werden. Gut informierte Leserinnen und Leser werden bestimmt wissen, dass die bis vor vierzig Jahren höchst spärlich registrierte Migration aus kulturfremden Gebieten nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass die [Schweiz bis Ende des 19. Jahrhunderts selbst ein Auswanderungsland](#) war.

Aus diesen Gründen ist es sehr wohl möglich, «ethnische oder Bio-Schweizer» zu charakterisieren – nämlich als weisse, europäische Bevölkerung mit besonderem Bezug zu Traditionen, Werten und Bräuchen, die sich im Laufe der Jahrhunderte im Staatsgebiet der heutigen Schweizerischen Eidgenossenschaft entwickelt und auf regionaler wie lokaler Ebene unterschiedlichste Ausprägungen entfaltet haben. Dass sich Personen, die aus ähnlichen Kulturräumen in die Schweiz eingewandert sind, rascher einfügen können als solche aus entfernteren Gebieten, scheint dabei verständlich zu sein.

... und «kulturfremde» Migration

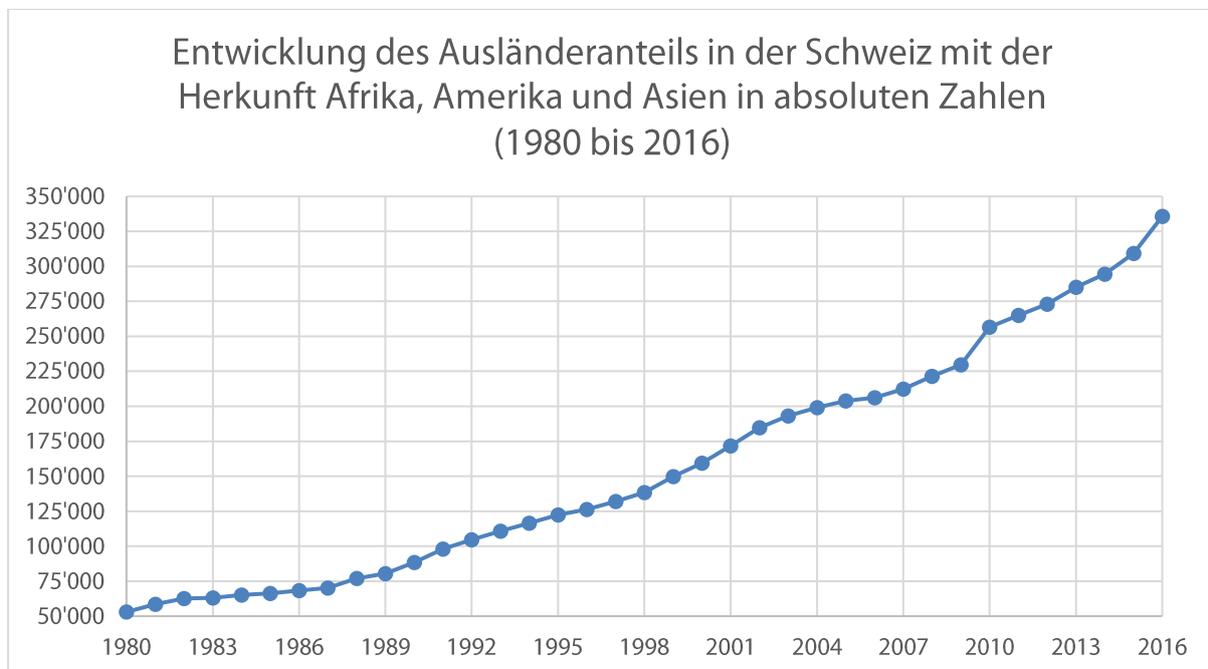
Um die Schilderungen, dass die massive Migration in die Schweiz seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts jegliche früheren Einwanderungswellen in den Schatten stellt, zu komplettieren, sei fortfolgend deren besondere Dimension charakterisiert. Zwischen 1980 und 2016 hat die ständige ausländische Wohnbevölkerung um 130 Prozent zugenommen – von 913'000 auf über 2,1 Millionen. Dazu kommen nochmals mehrere hunderttausend Eingebürgerte, was dazu führte, dass heute gegen 40 Prozent aller Einwohner in der Schweiz ausländische Wurzeln haben dürften.

Interessant ist nun zu wissen, wie sich der Bestand der einzelnen Staatsangehörigkeiten entwickelt hat. Die detaillierten Zahlen des Bundesamts für Statistik, in deren Besitz die «Schweizerzeit» ist, beweisen, dass die aussereuropäische, kulturfremde Migration exorbitante Ausmasse angenommen hat. Während die Tatsache, dass sich die Zahl der Migranten aus dem europäischen Ausland seit 1980 auf über 1,7 Millionen

mehr als verdoppelt und mit der Einführung der EU-Personenfreizügigkeit ab 2007 einen weiteren Schub erhalten hat, wenig überraschen dürfte, erscheint die restliche Entwicklung umso extremer.

Zehn Mal mehr Afrikaner

Die asiatische Bevölkerung hat sich im Zeitraum von 1980 bis 2016 auf 154'000 Einwohner verachtfacht. In der Zeit, in welcher die nordamerikanische Bevölkerung lediglich eine Verdoppelung auf 25'000 erlebte, versechsfachte sich die Zahl der Personen, die ihre Heimat in Lateinamerika und der Karibik haben (auf 53'000). Am stärksten gewachsen ist aber eindeutig die afrikanische Bevölkerung. Sie nahm fast um den Faktor 10 zu (von 10'500 auf 103'000)! Am stärksten fiel dabei die Einwanderung aus Ostafrika aus (von 1'600 auf 49'600). Alleine seit 2007 hat sich die Wohnbevölkerung mit afrikanischer Staatsangehörigkeit geradezu verdoppelt!



Daten-Grundlage: Bundesamt für Statistik

Die Anzahl (noch) nicht eingebürgerter Migranten, die ihre Herkunft in Afrika, Amerika und Asien haben, hat sich von 1980 bis 2016 mehr als versechsfacht. Das entspricht bei einer Zunahme von 52'946 auf 335'769 Personen einem Plus von 534 Prozent. Um sich das Ausmass dieser Zuwanderungs-Explosion zu vergegenwärtigen: Ende 2016 lebten in der Schweiz gleich viele afrikanische, amerikanische und asiatische Staatsangehörige wie der Kanton Wallis Einwohner hat. Ebenso gibt es in der Schweiz gleich viele Asiaten wie Einwohner des Kantons Schwyz und in etwa so viele Menschen aus Lateinamerika und der Karibik wie Appenzell-Ausserrhoden Einwohner zählt.

Dabei nicht eingerechnet sind die sogenannten «Sans Papiers» – illegale Einwanderer, die sich trotz fehlender Aufenthaltsberechtigung in der Schweiz aufhalten. Diese stammen vielfach aus Südamerika. Eine im Auftrag des Staatssekretariats für Migration durchgeführte Experten-Schätzung ging 2015 von [zwischen 50'000 bis 99'000 Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus](#) aus.

Einwanderung als Verlustgeschäft

Es ist gut dokumentiert, dass gerade afrikanische und arabische Migranten, die zu einem grossen Teil auf der Asylschiene in die Schweiz eingewandert sind, sich durch hohe Geburtenraten auszeichnen und überproportional lange von der Sozialhilfe abhängig sind, da sie den Anschluss an den Schweizer Arbeitsmarkt meist nicht schaffen (wollen). Von den 56'000 Personen mit Asylstatus (Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen mit bis zu sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz), die im Jahr 2016 in der Schweiz Sozialhilfe bezogen haben, sind deren 46'000 Ländern zuzuordnen, die eine Sozialhilfequote von 85 Prozent und mehr ausweisen.

Spitzenreiter in dieser Statistik sind Personen aus Afghanistan (12'232) und Eritrea (12'522). Das heisst: Von denjenigen Personen, die aus diesen und weiteren Ländern auf der Asylschiene in die Schweiz gekommen sind, waren im Jahr 2016 85 und mehr Prozent von der Sozialhilfe abhängig. Berücksichtigen wir die Tatsache, dass sowohl bei der Arbeitslosen- als auch der Sozialhilfequote im weiteren Sinn sowie in der Kriminalstatistik der Ausländeranteil überproportional hoch ist, ist es wahrscheinlich, dass die von Star-Professor Hans-Werner Sinn [auf Deutschland bezogene Prognose \(«Migration ist ein Verlustgeschäft»\)](#) auch für die Schweiz zutreffen dürfte.

Rolle der Islamisierung

Welche Rollen Ideologien wie der politische Islam oder archaische Traditionen in Bezug auf die Integrationsfähigkeit von Migranten spielen, ist in diesem Kontext gesondert zu vertiefen. Anlass dazu bietet insbesondere [die Ende 2017 von der Denkfabrik «Pew Research Center» publizierte Studie](#), die Europa bis ins Jahr 2050 bei anhaltend hoher Migration eine Verdreifachung des Muslimen-Anteils auf 14 Prozent prognostiziert. Selbst bei einem Szenario mit «Null-Zuwanderung» würde die muslimische Bevölkerung aller 30 europäischen Staaten um 50 Prozent steigen. Denn zugewanderte Muslime sind im Durchschnitt 13 Jahre jünger als die einheimische Bevölkerung und haben eine höhere Geburtenrate.

Sollte sich die Zuwanderung bis 2050 auf dem hohen Niveau der Jahre 2014 bis 2016 fortsetzen, wäre bis dahin fast jeder fünfte Österreicher und Deutscher muslimischen Glaubens. In Schweden würde die Quote nahezu ein Drittel betragen, in Frankreich läge sie bei 18 Prozent.

Europaweite Entwicklung

Sicher ist, dass die Frage, wie wir mit diesen kulturfremden, unsere Gesellschaften herausfordernden Phänomenen umgehen, mit entscheidend sein wird, ob wir in Europa in den kommenden Jahren noch eine prägende Leitkultur und funktionierende Ordnung haben werden. Dabei unterscheidet sich die Schweiz vom restlichen Europa keineswegs – gerade auch, was die Entwicklung der Geburtenrate betrifft.

Tabelle 2: Gesamtfertilitätsrate in den Ländern Europas, 2003 – 2014 (Sortierung 2014)

Land / Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Frankreich ¹⁾	1,90	1,90	1,92	1,98	1,96	1,99	1,99	2,02	2,00	1,99	1,98	1,98
Irland	1,96	1,93	1,86	1,91	2,01	2,06	2,06	2,05	2,03	2,01	1,96	1,94
Island	1,99	2,04	2,05	2,08	2,09	2,15	2,23	2,20	2,02	2,04	1,93	1,93
Schweden	1,71	1,75	1,77	1,85	1,88	1,91	1,94	1,98	1,90	1,91	1,89	1,88
Großbritannien	1,70	1,75	1,76	1,82	1,86	1,91	1,89	1,92	1,91	1,92	1,83	1,81
Albanien	.	1,79	1,61	1,38	1,79
Montenegro	.	.	1,69	1,73	1,80	1,89	1,98	1,70	1,65	1,72	1,73	1,75
Norwegen	1,80	1,83	1,84	1,90	1,90	1,96	1,98	1,95	1,88	1,85	1,78	1,75
Belgien	1,67	1,72	1,76	1,80	1,82	1,85	1,84	1,86	1,81	1,79	1,75	1,74
Finnland	1,76	1,80	1,80	1,84	1,83	1,85	1,86	1,87	1,83	1,80	1,75	1,71
Niederlande	1,75	1,72	1,71	1,72	1,72	1,77	1,79	1,79	1,76	1,72	1,68	1,71
Weißrussland	.	.	.	1,29	1,37	1,42	.	.	1,51	1,62	1,67	1,70
Dänemark	1,76	1,78	1,80	1,85	1,84	1,89	1,84	1,87	1,75	1,73	1,67	1,69
Lettland	1,32	1,29	1,39	1,46	1,54	1,58	1,46	1,36	1,33	1,44	1,52	1,65
Litauen	1,26	1,27	1,29	1,33	1,36	1,45	1,50	1,50	1,55	1,60	1,59	1,63
Liechtenstein	1,36	1,44	1,49	1,43	1,42	1,43	1,71	1,40	1,69	1,51	1,45	1,59
EU (28)	1,47	1,50	1,51	1,54	1,56	1,61	1,61	1,62	1,59	1,59	1,55	1,58
Slowenien	1,20	1,25	1,26	1,31	1,38	1,53	1,53	1,57	1,56	1,58	1,55	1,58
Estland	1,37	1,47	1,52	1,58	1,69	1,72	1,70	1,72	1,61	1,56	1,52	1,54
Schweiz	1,39	1,42	1,42	1,44	1,46	1,48	1,50	1,52	1,52	1,52	1,52	1,54
Bulgarien	1,26	1,33	1,37	1,44	1,49	1,56	1,66	1,57	1,51	1,50	1,48	1,53
Tschechien	1,18	1,23	1,29	1,34	1,45	1,51	1,51	1,51	1,43	1,45	1,46	1,53
Rumänien	1,30	1,33	1,40	1,42	1,45	1,60	1,66	1,59	1,47	1,52	1,41	1,52
Mazedonien	1,77	1,52	1,46	1,46	1,46	1,47	1,52	1,56	1,46	1,51	1,49	1,52
Luxemburg	1,62	1,66	1,63	1,65	1,61	1,61	1,59	1,63	1,52	1,57	1,55	1,50
Deutschland	1,34	1,36	1,34	1,33	1,37	1,38	1,36	1,39	1,39	1,41	1,42	1,47
Kroatien	1,41	1,43	1,50	1,47	1,48	1,55	1,58	1,55	1,48	1,51	1,46	1,46
Österreich ²⁾	1,38	1,42	1,41	1,41	1,39	1,42	1,40	1,44	1,43	1,44	1,44	1,46
Serbien ³⁾	1,59	1,57	1,45	1,43	1,38	1,40	1,44	1,40	1,40	1,45	1,43	1,46
Ukraine	.	.	.	1,30	1,33	1,45	.	1,43	1,46	1,53	.	1,46
Ungarn	1,27	1,28	1,31	1,34	1,32	1,35	1,32	1,25	1,23	1,34	1,35	1,44
Malta	1,48	1,40	1,38	1,36	1,35	1,43	1,42	1,36	1,45	1,43	1,38	1,42
Italien	1,29	1,34	1,34	1,37	1,40	1,45	1,45	1,46	1,44	1,43	1,39	1,37
Slowakei	1,20	1,25	1,27	1,25	1,27	1,34	1,44	1,43	1,45	1,34	1,34	1,37
Polen	1,22	1,23	1,24	1,27	1,31	1,39	1,40	1,41	1,33	1,33	1,29	1,32
Spanien	1,30	1,31	1,33	1,36	1,38	1,45	1,38	1,37	1,34	1,32	1,27	1,32
Zypern	1,51	1,52	1,48	1,52	1,44	1,48	1,47	1,44	1,35	1,39	1,30	1,31
Griechenland	1,29	1,31	1,34	1,40	1,41	1,50	1,50	1,48	1,40	1,34	1,29	1,30
Portugal	1,44	1,40	1,41	1,37	1,35	1,39	1,34	1,39	1,35	1,28	1,21	1,23

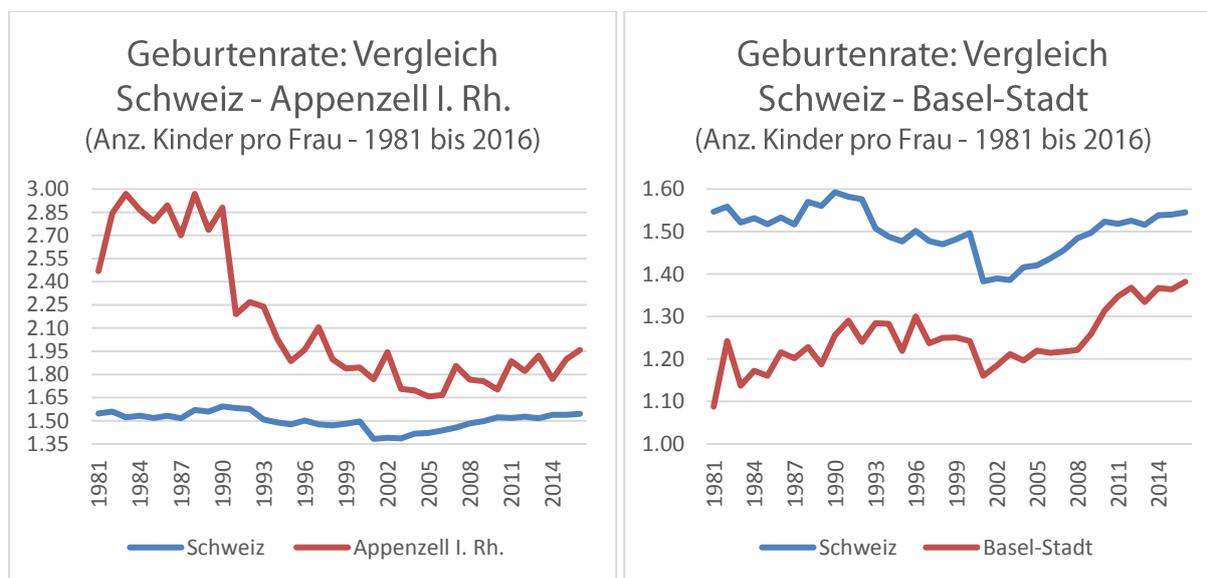
Daten-Quelle: <https://fowid.de>

Am höchsten war die Geburtenrate 2014 in Frankreich (1,98 Kinder pro Frau), Irland (1,94) und Island (1,93). Am tiefsten in Portugal (1,23), Griechenland (1,3) und Zypern (1,31). Durchschnittlich wurden 2014 in der Europäischen Union 1,58 Kinder pro Frau geboren – was meilenweit von den 2,1 Kindern pro Frau entfernt ist, die geboren werden müssten, um die Bevölkerung langfristig auf einem konstanten Niveau zu halten.

«Sterbender Kontinent?»

Ohne externe Nettoeinwanderung von über 1,5 Millionen wäre die Bevölkerung der [EU-28-Staaten](#) übrigens bereits 2016 rückläufig gewesen. Darüber hinaus rechnen Experten Europa eine dramatische Überalterung vor: Schon im Jahr 2025 werden nahezu [30 Prozent der Bürger Europas das 60. Lebensjahr überschritten](#) haben. Obwohl zwischen den einzelnen Staaten teils frappante Unterschiede bestehen, ändert das nichts an der Tatsache, dass die autochthone Bevölkerung Europas mittelbar vom Aussterben bedroht ist. Um dies zu erkennen, reichen schon geringe Mathematik-Kenntnisse.

Analog der Schweiz stellt die ausländische Bevölkerung auch in anderen europäischen Staaten wesentlich mehr Kinder auf die Welt als die jeweils einheimische. In Deutschland beispielsweise betrug die Fertilitätsrate 2016 bei ausländischen Müttern 2,28, während sie bei deutschen Müttern lediglich bei 1,46 lag. Die europäischen Länder – und wiederum die Regionen – verzeichnen ebenso unterschiedliche Geburtenraten, was unweigerlich die Frage nach den Gründen ins Zentrum rückt. Vor allem aber sollte uns interessieren, welches gesellschaftliche Umfeld sich die Europäer im Allgemeinen und die Schweizer im Speziellen wünschen, damit die demographische Sackgasse durch mehr Nachwuchs überwunden werden kann.



Nur schon in der Schweiz hat sich die Geburtenrate in den letzten 40 Jahren kantonal unterschiedlich entwickelt. In den ländlich-konservativen, aber bevölkerungsmässig kleinen Kantonen werden nach wie vor am meisten Kinder geboren, während eher städtisch geprägte Kantone und das Tessin sich durch die tiefsten Geburtenraten kennzeichnen. Mit Appenzell-Innerrhoden (16'000 Einwohner) weist bloss ein einziger Kanton eine Geburtenrate auf, die zwischen 1981 und 2016 den Wert von 2,1 Kindern pro Frau überstiegen hat. Danach kommen Obwalden mit einer durchschnittlichen Geburtenrate von 1,74, dann Appenzell-Ausserrhoden (1,71) und Schwyz (1,69). Die schweizweit tiefste Geburtenrate ist mit einem Durchschnitt von 1,25 in Basel-Stadt zu finden – gefolgt vom Tessin (1,29) und von Genf (1,41).

Junge wollen eigentlich Kinder

Sind die sinkende Geburtenrate und das damit drohende Aussterben der Schweizer «gottgegeben», deren Ursachen in einer verkommenen, egoistischen «Spassgesellschaft» begründet liegen? Das Gegenteil ist richtig, wie die jüngsten Erkenntnisse – zum Beispiel die [im Oktober 2017 veröffentlichte Eidgenössische Jugendbefragung](#) – darlegen. In dieser Studie wurden rund 52'000 Jugendliche im Alter von plus minus 19 Jahren zu ihren Vorstellungen und Träumen befragt. Darin gaben rund 69 Prozent der jungen Erwachsenen an, dass sie eines Tages heiraten wollen. Die meisten sehen die Heirat als etwas Romantisches und als Voraussetzung, um eigene Kinder zu haben.

Gar noch mehr Junge (73 Prozent) wünschen sich die Gründung einer eigenen Familie. Mehrheitlich wünschen sich sowohl Männer als auch Frauen zwei Kinder. 28 Prozent der befragten Frauen gibt an, sich drei Kinder zu wünschen. Als ideales Alter, um Kinder zu bekommen, wird 28 genannt. Bei der Gestaltung des Familienlebens bevorzugen Jugendliche ein traditionelles Rollenmodell. Alternative Familienmodelle, in denen zum Beispiel die Frau arbeitet und der Mann nicht, können sich nur die wenigsten vorstellen. Im Übrigen steht die eigene Karriere bei vielen ebenfalls nicht zuoberst auf der persönlichen Prioritätenliste.

Was tun?

Was aufhorchen lassen muss und gleichermassen symbolhaft offenbart, wo der «Hund begraben» und die Lösung zu suchen ist: Die befragten Jugendlichen knüpfen den Wunsch an klar definierte Bedingungen. Sie wünschen sich «eine stabile Beziehung oder ein ausreichendes Einkommen» – oder schlicht familiengeeignete Lebensbedingungen und eine vertrauensvolle Zukunftsperspektive. Es liegt also auf der Hand: Stimmen die Perspektive und das Umfeld, wird es höchstwahrscheinlich wieder mehr Kinder geben. Es ist völlig unverständlich, weshalb die politischen Entscheidungsträger die hierzulande grundsätzlich weit verbreitete positive Einstellung zur Familienbildung nicht nutzen und fördern. Doch wie soll das optimale Familienumfeld aussehen und was kann die Politik konkret tun?

In Frankreich betragen die staatlichen Ausgaben für die Familienunterstützung 3,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Dies mit dem Resultat, dass Frankreich mit fast zwei geborenen Kindern pro Frau die europaweit höchste Geburtenrate hat. Auf Platz zwei folgt Schweden, das auf einen stark ausgebauten Sozialstaat mit subventionierten Krippenplätzen und Vaterschaftsurlaub setzt. Der feministisch-ökonomische – durchaus fragwürdige – Hintergrund: Nach der Mutterschaft sollen beide Elternteile so schnell wie möglich wieder arbeiten können.

Mehr Geld aufzuwenden bedeutet logischerweise längst nicht automatisch, dass es auch die gewünschte Wirkung erzielt. Der deutsche Staat gibt beispielsweise [jährlich rund 200 Milliarden Euro](#) aus, die sich auf weit mehr als 160 familienpolitische Leistun-

gen, Subventionen und Fördermittel verteilen und sich in ihrer Wirkung teils gegenseitig aufheben. Obwohl die Deutschen offensichtlich hohe Beträge investieren, bleibt der positive Effekt aus: Die Geburtenrate lag im Jahr 2016 bei 1,59 Kindern je Frau.

Familienförderung: Keine Tabus!

Gerade bürgerlich gesinnte Schweizer haben die Skepsis gegenüber staatlicher Umverteilung tief in der DNA verankert. Die Vergangenheit hat uns schliesslich gelehrt, dass die Aufblähung des Staates meist mehr geschadet als genützt hat. Doch meiner Meinung nach ist es zu kurz gegriffen, die Diskussion um familienfördernde Massnahmen mit dem Argument «der Staat soll sich auch da raushalten» schon im Keim abzuwürgen. Ich finde: Es ist besser, wenn die Schweizer überleben statt – in der «rein liberalen Lehre verharrend» – aussterben.

Auch wenn es die – auch von mir vertretene – Idealvorstellung bürgerlich-konservativer und freiheitlicher Menschen ist, den Staat so klein wie möglich zu halten, sollten wir uns nicht von vornherein irgendwelchen Tabus unterwerfen. Gerade wenn wir die vielen Bereiche betrachten, in denen die Staatsausgaben aus dem Ruder laufen (Sozialindustrie, Asylwesen, Entwicklungshilfe), frage ich mich, weshalb wir uns weigern sollten, diese vielen an Fremde verschenkten Milliarden eigenen Leuten zukommen zu lassen – gerade auch, um die Lücken und kurzfristigen Engpässe zu überbrücken, die die meisten Schweizer hauptsächlich in jungen Jahren haben. In jener Lebensphase also, in welcher die Familienplanung bei den allermeisten im Fokus steht und zu oft aus finanziellen Gründen hinausgezögert oder gar ganz verworfen wird.

Sachzwänge vs. Lösungen

Es ist mir natürlich bewusst, dass das politische System der Schweiz an unzähligen, selbst geschaffenen Sachzwängen erkrankt ist, welche gerne ins Feld geführt werden, um querdenkerische, neue Lösungen zu blockieren. Dazu gehört das Mantra der angeblich überall sakrosankt festgeschriebenen «gebundenen Ausgaben», die nicht angetastet werden dürften – sowohl auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesstufe (Sozialhilfe, Bildung, Entwicklungshilfe, Staatsverwaltung). Weil das System derart festgefahren ist und es sich so viele Günstlinge im Staatsapparat bequem gemacht haben (und ihre Positionen von Lobbyisten gestützt werden), werden jegliche geforderten Umstrukturierungen mit der Begründung abgewehrt, dafür seien keine Mittel vorhanden...

Dabei wage ich die These zu stellen: Nichts kommt uns teurer zu stehen als das vorhersehbare Aussterben des Schweizer Volkes (sollten wir nicht sofort etwas ändern). Die schwindende einheimische Bevölkerung durch kulturfremde Ausländer auszutauschen, wäre fatal: Sowohl aus finanzieller («Migration als Verlustgeschäft») als auch aus kultureller Optik. Schliesslich dürfen wir auch nicht vergessen, was die Demographie im Speziellen charakterisiert: Massnahmen zur Steigerung der Geburtenrate machen sich erst langfristig bemerkbar. Erst in einer Generation wird sich zeigen, ob die

heute getroffenen Entscheide eine nachhaltige Umkehr des Negativtrends bewirkt haben werden. Wenn – wie im BRISANT-Kommentar vom 10. August 2018 berechnet – die Schweizer in dreissig Jahren zur Minderheit im eigenen Land zu werden drohen, unterstreicht das also nichts weiter, als dass wir sofort (jetzt im Jahr 2018) etwas unternehmen müssen. Viel Zeit bleibt uns nicht!

Einige EU-Staaten handeln

In mehreren europäischen Staaten, die sich in derselben demographischen Sackgasse wie die Schweiz befinden, scheint man den Ernst der Lage erkannt zu haben.

In Ungarn hat Staatspräsident Viktor Orbán das Regierungsziel ausgerufen, die Geburtenrate bis 2030 auf 2,1 Kinder pro Frau zu steigern. 2018 wurde in Ungarn zum «Jahr der Familien» gekürt, [unzählige Familienförderungs-Massnahmen](#) wurden ins Leben gerufen. In Italien hat die regierende Lega-Partei von Innenminister Matteo Salvini ein umfassendes Familien-Programm angekündigt. Die neue Regierung hat [bereits ein Familienministerium geschaffen](#), das sich um Fruchtbarkeit und Kindergärten kümmert und an einem gerechteren Steuersystem für grosse Familien arbeitet. Zu dieser Politik soll auch gehören, dass die Abtreibungen sinken und dass Familien Bargeldzahlungen für Kinder unter drei Jahren erhalten. Dafür sollen die Steuern auf Auslandsüberweisungen von Migranten erhöht werden.

In Österreich führt die ÖVP/FPÖ-Regierung per 2019 einen [«Familienbonus»](#) ein. Eltern, die Lohnsteuer zahlen, sollen steuerlich spürbar entlastet werden. Profitieren sollen rund 950'000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern. Auch in Polen und Kroatien, die zu den europäischen Ländern mit den geringsten Geburtenraten gehören, haben die Regierungen umfassende Familien-Förderungsprogramme umgesetzt. In Polen zeigen sich bereits erste Erfolge: 2016 konnten [zehn Prozent mehr Geburten](#) verzeichnet werden. In Polen werden die Familien ab dem ersten Kind unter anderem mit einem monatlichen Kindergeld von rund 115 Euro unterstützt – was bei einem [Durchschnittseinkommen von 1'000 Euro](#) nicht zu unterschätzen ist.

Ideen für die Schweiz

Und was tut die Schweiz? Wir kennen zwar seit einigen Jahren die [Familienzulagen](#) von mindestens 200 Franken pro Kind und Monat. Offensichtlich hat dieses Prestige-Projekt aber bei in den letzten Jahren stetig gestiegenen Lebenshaltungskosten das Kinderkriegen keineswegs begünstigt. Um eine längst überfällige Debatte anzustossen, stelle ich fortfolgend einige tabufreie Ideen zur Diskussion. Rückmeldungen und weitere Ideen aus dem Kreise der Leserschaft sind herzlich willkommen!

- Die prioritäre Aufgabe besteht darin, ein öffentliches Bewusstsein für die Demographie (die Lehre der Bevölkerungsentwicklung) zu schaffen. Das Terrain ist zu ebnen: Erst wenn alle begriffen haben, dass die Schweizer Bevölkerung – solange keine Trendwende erfolgt – aussterben wird, steigt auch die Betroffenheit und die

Bereitschaft, etwas dagegen zu tun. Jeder kann mithelfen, dieses zweifellos bestehende Wissens-Manko zu beseitigen. Nicht zuletzt wäre dies eine Kernaufgabe des Bundes (sofern andere überflüssige Staatsausgaben abgebaut werden).

- Der Bevölkerungswissenschaftler Dudo Erny erinnerte [in seinem Vortrag](#), den er bei der «Schweizerzeit» im Mai 2018 gehalten hatte, dass der Bundesrat in der Krisenzeit des Zweiten Weltkriegs nicht gesagt habe, «die Ernährung ist Privatsache». Man habe die sogenannte Anbauschlacht lanciert, um das Schweizer Volk vor dem Hungertod zu bewahren. Heute sei die Zukunft des Schweizer Volks ebenfalls bedroht: «Die Schweiz braucht eine demografische Anbauschlacht und aus diesem Grund sollte ein Departement für Demografie geschaffen werden.» Um dessen Arbeit zu finanzieren, wird die Entwicklungshilfe abgeschafft.
- Wir brauchen endlich spürbare, einfach verständliche finanzielle Anreize für Familien: Eine «Willkommenskultur für Schweizer Kinder». Die Unterstützung muss derart klare Signale ausstrahlen, damit jeder in diesem Land kapiert, dass es der politischen Führung ernst ist im Unterfangen, das Schweizer Volk nicht aussterben zu lassen. Warum nicht ein Pauschal-Betrag von 100'000 Franken für jedes neu geborene Schweizer Kind? Sie denken, das sei eine viel zu überrissene Phantasiazahl, die jeder Grundlage entbehrt? Der schleichende Bevölkerungsaustausch wird uns ein Vielfaches teurer zu stehen kommen. Wofür kurbeln wir unsere Wirtschaft an und schaffen Wohlstand, wenn nicht, um die Zukunft unseres Landes sicherstellen zu können? Lieber 100'000 Franken für jedes Schweizer Kind statt ein bedingungsloses Grundeinkommen und monatliche Millionen-Beträge für die Betreuung importierter Schwer-Krimineller à la Carlos...

Schutz des Volkes: ein Verfassungsauftrag

Wir brauchen spezifische Massnahmen, um die einheimische und kulturell verankerte Bevölkerung zu erhalten. Wenn die Linken dies als «rassistisch» brandmarken wollen, lassen wir sie unbeeindruckt ins Leere laufen. Schliesslich formuliert die Schweizerische Bundesverfassung den Auftrag, das Schweizer Volk sei zu schützen. Ein gangbarer Weg, dem wohl auch viele libertär Eingestellte beipflichten könnten, wären auch weitere Steuerentlastungen für Familien. Zum Beispiel: Familien mit drei Kindern bezahlen bis zu deren 18. Lebensjahr keine Einkommenssteuern mehr.

Zum Schluss zitiere ich, weil es so schön passt, noch einmal Dudo Erny:

«Glauben Sie ja nicht, dass die niedrige Geburtenrate der Schweizer von alleine verschwinden wird. Wenn man nichts unternimmt, wird das Schweizer Volk verschwinden.»

Anian Liebrand